

5. UNESCO-Diskussionsforum der Humboldtsschule „Weltwirtschaftsordnung im Wandel: Gefährdete Wohlstandsperspektiven?“

Im Jahr 1999 titulierte das internationale Magazin „*The Economist*“ die Bundesrepublik Deutschland als den „kranken Mann Europas“. Die deutsche Volkswirtschaft war erstmalig zwei Jahre in Folge geschrumpft. Ein Vierteljahrhundert später, nach fünf Jahren der Stagnation bzw. nach zwei Jahren der Rezession, sieht sich die deutsche Wirtschaft erneut mit einer ausgedehnten Schwächephase konfrontiert. Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft, darunter Bundesbankpräsident Joachim Nagel sowie renommierte Wirtschaftsinstitute, sind sich in ihren Analysen einig, dass die größte Volkswirtschaft der EU nicht nur mit hartnäckigen konjunkturellen Herausforderungen, sondern auch mit einer schleichenden und sich leise beschleunigenden Strukturkrise zu kämpfen hat.

Diese ernüchternde Diagnose spiegelt sich unter anderem in den Industriestatistiken, Unternehmensumfragen und Wirtschaftsprognosen wider. Ein schwacher Konsum, hohe Energiekosten, geringe Werksauslastungen aufgrund sinkender Produktionserwartungen, steigende Insolvenzen und die wachsende Bürokratie belasten die Wirtschaft grundlegend. Hinzu kommen politische Unsicherheiten im Inland, der akute Fachkräftemangel, technologische Innovationsdefizite und eine sinkende Investitionsbereitschaft hierzulande – allesamt Faktoren, die unser Wohlstandsmodell ernsthaft gefährden können und in Politik sowie Gesellschaft latente Sorgen bereiten. Insbesondere in den Schlüsselbranchen der deutschen Kernindustrie, wie dem Automobilsektor, dem Maschinenbau sowie der Metall- und Chemieindustrie, sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen, was dazu führt, dass diese Industrien an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktanteilen bei Produkten verlieren, bei denen sie jahrzehntelang Marktführer waren. Viele Unternehmen sehen sich gezwungen, drastische Maßnahmen wie Stellenabbau und Werkschließungen anzukündigen.

Die Krise wird zusätzlich durch eine Vielzahl globaler Erschütterungen verstärkt: Geopolitische Destruktionen wie der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die Nachwirkungen der Covid-Pandemie und geoökonomische Zwangsmaßnahmen – vom Trend zum wachsenden Protektionismus über Investment-Screening bis hin zu Sanktionen – stellen die Grundpfeiler der exportgetriebenen, liberalen deutschen Außenwirtschaftspolitik erheblich infrage. Die Globalisierungs-, Friedens- und Demografiedividende, von der die Bundesrepublik seit den 1980er-Jahren erheblich profitierte, ist weitgehend ausgeschöpft. In der Diskussion rund um den Wirtschaftsstandort neigt man dazu, zu glauben, dass erst mit der

Verabschiedung des Sondervermögens und der Reform der Schuldenbremse langsam ein Bewusstsein für die Tragweite der erforderlichen Veränderungen entsteht. Der anhaltende Druck dieser Polykrise markiert den Beginn einer tiefgreifenden Transformation der deutschen Wirtschaft, die entschlossene und gezielte Anstrengungen erfordert. Dabei sollte jedoch nicht unbeachtet bleiben, dass Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach wie vor über eine solide Grundlage verfügt und es positive Signale gibt, um die Komplexität der Problemlage zu bewältigen. Ein leistungsstarker Mittelstand, ein hoher Entwicklungsstand, das gut ausgebaute berufliche und universitäre Ausbildungssysteme, qualifiziertes Personal vor allem im technischen Bereich, ein großer Markt und nationale Champions, die sowohl hierzulande existieren als auch international anerkannt sind, bieten eine starke Ausgangsbasis für wirtschaftlichen Auftrieb und die Chance für eine nachhaltige Trendwende.

Der Wandel betrifft aber nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, die laut dem aktuellen Bericht des früheren Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, vor „existenziellen Herausforderungen“ steht. Es droht ein „langsamer Todeskampf“, wenn die Europäer nicht massiv in ihre Innovationsförderung, Energienetze und Verteidigung (Stichwort: „Bereitschaft 2030“) investieren und zugleich substanzielle Reformvorschläge umsetzen – beispielsweise zur Schaffung einer Kapitalmarktunion. Draghi fordert einen „radikalen Wandel“, der jährlich bis zu 800 Milliarden Euro erfordern würde (DRAGHI 2024).

Darüber hinaus lässt sich auf globaler Ebene eine der größten epochalen Umwälzungen in der Weltwirtschaftsordnung beobachten, die sich in einer schrittweisen Abkehr vom Freihandel und der offenen Marktwirtschaft manifestiert. Die letzten drei Dekaden waren vorwiegend von wirtschaftlicher Integration und Globalisierung geprägt. Doch ausgerechnet die Vereinigten Staaten legen mit ihrem „New Washington Consensus“ (SULLIVAN 2023) eigenhändig die Axt an die Weltwirtschaftsordnung, die sie selbst auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944 geschaffen haben und aus der die bekannten Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und später die Welthandelsorganisation (WTO) hervorgingen.

Die internationale Handelspolitik wird zunehmend von Blockbildungen durch restriktivere Zollbarrieren, der Diversifizierung von Lieferketten, einem strategischen Wettbewerb um kritische Rohstoffe und einem Subventionswettbewerb um Zukunftstechnologien dominiert. Es droht eine „géo-economic fragmentation“ (IWF 2023) des regelbasierten Welthandelssystems hin zu einem machtbasierten Modell, in dem der Handel gezielt als Waffe eingesetzt wird und nationale sicherheitspolitische Interessen bzw. eine merkantilistische Nullsummenlogik einen unkontrollierten Handelskrieg – insbesondere in der Großmachtrivalität zwischen den USA und China – nicht mehr ausschließen. Der Kampf um geopolitische Dominanz wird somit auch zu

einem Wettstreit um wirtschaftliche Hegemonie. Was wir erleben, ist ein Übergang von einem freien zu einem resilienteren und sicherheitssensitiven Handel, der von einschneidenden Veränderungen begleitet wird und als Vorbote einer multipolaren Umgestaltung sowohl des Weltwirtschafts- als auch des Weltfinanzsystems gilt.

Die aktuellen Entwicklungen werfen wichtige Fragen auf, wie zum Beispiel: Kann die soziale Marktwirtschaft mit ihrem Exportmodell das implizite Versprechen – mehr Prosperität für alle – noch einlösen? Welche Strukturreformen sind erforderlich, um die Neugestaltung der Schuldenbremse und keynesianischen Konjunkturpolitik so zu gestalten, dass sie auch einen nachhaltigen Wachstumseffekt erzielen? Wie soll unser zukünftiges Wirtschaftsmodell aussehen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen? Droht uns eventuell sogar eine neue Schuldenkrise? Liegt die Lösung der Wirtschaftsprobleme eher in den libertären Ansätzen von Persönlichkeiten wie Milei und Musk oder in den Ideen von Draghi? Schließlich stellt sich die Frage: Welche Rolle kann die EU einnehmen, um das regelbasierte Welthandelssystem zu verteidigen und gleichzeitig ihre eigene Wirtschaft im Kontext der „Trumponomics“ und eines künftigen Handelsstreits gegen China abzusichern?

Das **5. UNESCO-Diskussionsforum** möchte sich am **30. April 2025** (19:00 Uhr) diesen und weiteren drängenden Fragen widmen. Gemeinsam mit ausgewiesenen Experten werden wir über verschiedene Perspektiven auf die Zukunft des deutschen und europäischen Wirtschaftsstandorts diskutieren und ihre Rolle in einer zunehmend globalen Weltunordnung erörtern. Alle interessierten Gäste sind herzlich zur Veranstaltung eingeladen. **Der Eintritt ist frei.**

In einer Welt, die von zahlreichen Herausforderungen geprägt ist, ist es entscheidend, sich fachkundig mit den komplexen Entwicklungen auseinanderzusetzen, die die Zukunft maßgeblich beeinflussen werden. Als UNESCO-Projektschule sehen wir es als unsere bildungspolitische Aufgabe, sowohl unseren Schülerinnen und Schülern als auch der breiten Öffentlichkeit eine Plattform für Diskussionen über wichtige globale Themen zu bieten, um eine wachsame Wahrnehmung zu fördern und ein Gespür dafür zu entwickeln, was kommen kann. Wir möchten Menschen aller Altersgruppen umfassend informieren, darüber aufklären und verständlich erklären, was in der Welt passiert. Schon die kleinen Dinge können einen wesentlichen Beitrag zur besseren Orientierung leisten: Austausch anbieten, informieren, verstehen wollen, Rede und Antwort stehen und den Blickwinkel erweitern.

Die Veranstaltungen finden in Kooperation zwischen der Humboldtschule, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. (DAG), der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sowie in Zusammenarbeit mit dem Forschungskolleg Humanwissenschaften und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V. (GSP) statt.

KOOPERATIONSPARTNER & ORGANISATIONSTEAM



Jana Nathalie Burg
Referatsleiterin Europa / Internationales
Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Johannes Lay
Hauptgeschäftsführer
Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V.

Carlo Schnell
Leiter Landesbereich IV (HE, RP, SL)
Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V.

Iris Helene Koban
Geschäftsführerin
Forschungskolleg Humanwissenschaften

Alfredo Flores
Stellvertretender Vorsitzender
Förderverein Humboldtschule

Siegfried Aden
Hausmeister
Humboldtschule

Mayleen Magdalena Watzinger
Schülerpresse UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Matthias Leboterf, OstR
Technik UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Patrick Hubert Wolf-Dieter Diebels
Technik UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Chirynn Vincent Lars Roger
Organisation UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Jonathan Hauer, StR
Organisation UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Nicole Skall, StR'in
Organisation UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule

Benjamin Alexander Stavro Nikolla
Schulsprecher
Humboldtschule

Erik Alexander Gajski
Schulsprecher
Humboldtschule

Armin Aghaj
Schulsprecher
Humboldtschule

Sandra Muniz Fernandez, OstR'in
Oberstufenleiterin
Humboldtschule

Uta Stitterich, OstD'in
Schulleiterin
Humboldtschule

Dr. Torben Waschke, StR
Leiter UNESCO-Diskussionsforum
Humboldtschule